



## **Innenausschuss**

### **43. Sitzung (öffentlich)**

28. August 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:00 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Marion Schmieder

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- |   |           |
|---|-----------|
| <b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>   | <b>9</b>  |
| <b>Aktuelle Viertelstunde</b> (beantragt von der CDU-Fraktion; s. Anlage)   |           |
| <u>hier:</u>  |           |
| „Polizisten in Dortmund von Linksautonomen mit Chemikalien angegriffen?“  |           |
| – Bericht der Landesregierung   |           |
| – Diskussion –  |           |
| <b>1 Dubiose Rolle von Innenminister Ralf Jäger in der Causa Krings</b> (TOP beantragt von der CDU-Fraktion; s. Anlage) | <b>21</b> |
| Vorlage 16/2003   |           |
| <b>2 Pfingstunwetter in Nordrhein-Westfalen</b> (TOP beantragt von der FDP-Fraktion, s. APr 16/606, TOP 9)              | <b>22</b> |

Vorlage 16/2020

– Bericht der Landesregierung durch Minister Jäger

– – Diskussion –

**3 Mangelnde Transparenz der 199. Innenministerkonferenz (IMK) in Bonn** (TOP beantragt von der Piratenfraktion, s. APr 16/606, TOP 10) **27**

Vorlage 16/1981

– Diskussion –

**4 Aktualisierung der Vorlage 16/1604 „Wann werden die syrischen Flüchtlinge endlich nach NRW kommen können?“** (TOP beantragt von der Piratenfraktion, s. Anlage) **29**

Vorlage 16/2009

– Diskussion –

**5 Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Justizgesetzes Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung weiterer Rechtsvorschriften** **35**

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drucksache 16/6089

Stellungnahmen 16/1914 und 16/1925

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung.  
Die Terminierung wird im Rahmen der Obleuterunde besprochen.

**6 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Befristung von Rechtsvorschriften mit Beteiligung des Landtags im Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales** **38**

Vorlage 16/2041

Art. 2 des Entwurfs wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU gegen die Stimmen von FDP und der Piratenfraktion genehmigt.

Die Art. 3, 4 und 5 des Entwurfs werden vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

**7 Gewalt gegen Polizeibeamte ist kein Kavaliersdelikt – Mindeststrafe für Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte einführen! 40**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/3442  
APr 16/488

– Abschließende Beratung und Abstimmung – gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Antrag Drucksache 16/3442 wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Piratenfraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

**8 Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes (POG NRW) 43**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/4157  
APr 16/525

– Abschließende Beratung und Abstimmung – gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Gesetzentwurf 16/4157 wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der Piratenfraktion abgelehnt.

**9 Bewerberinnen und Bewerbern mit mittleren Bildungsabschlüssen wieder eine Ausbildungsperspektive bei der Polizei eröffnen 46**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16//4156  
APr 16/525

– Abschließende Beratung und Abstimmung – gemäß Vereinbarung der Fraktionen

- 10 Einbruchskriminalität in Nordrhein-Westfalen auf Rekordniveau – Anteil der Kriminalpolizei am Personalbestand der Polizei muss endlich erhöht werden!** 49

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/5760

Der Ausschuss beschließt die Durchführung eines Sachverständigengesprächs. Ein Termin wird im Rahmen eines Obleutegesprächs am Rande des Plenums festgelegt.

- 11 Einsatz von Mini-Schulterkameras (Body-Cams) bei der Polizei Nordrhein-Westfalen erproben** 51

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/5923

Der Ausschuss beschließt die Durchführung eines Sachverständigengesprächs. Ein Termin wird im Rahmen des Obleutegesprächs festgelegt.

- 12 Einführung einer Erhebungsmatrix für Funkstellenabfragen, Stille SMS und Einsätze von IMSI-Catchern – Bessere statistische Erfassung von Daten für echte parlamentarische Kontrolle** 52

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/6118

Der Ausschuss kommt überein, zunächst das Angebot des Innenministers anzunehmen, ein Gespräch im Innenministerium zu diesem Thema zu führen. Danach wird weiter über den Tagesordnungspunkt beraten.

- 13 Salafismus konsequent mit den Mittel des Rechtsstaats bekämpfen!** 53

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/6127

In Verbindung mit:

**Untätigkeit des Landeskriminalamtes im Fall Silvio K.? / Wann ergreift der Minister für Inneres und Kommunales endlich Maßnahmen gegen gewaltbereite Salafisten?**

– Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss beschließt die Durchführung eines Expertengesprächs zum Thema „Salafismus konsequent mit den Mitteln des Rechtsstaats bekämpfen!“. Ein Termin wird im Obleutegespräch am Rande des Plenums vereinbart.

**14 Umsetzung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs vom 17. Juli 2014: Inhaftierungen von Flüchtlingen in gewöhnlichen Haftanstalten beenden** (TOP beantragt von der Piratenfraktion; s. Anlage) **55**

– Vorlage 16/2108

– Bericht der Landesregierung

– Diskussion –

**15 Antisemitische Ausschreitungen am 18.07.2014 in Essen** (TOP beantragt von der CDU-Fraktion; s. Anlage) **63**

– Vorlage 16/2107

– Bericht der Landesregierung

– Diskussion –

**16 Künftig keine Polizeipräsenz mehr bei Schützen-Umzügen?** (TOP beantragt von der CDU-Fraktion; s. Anlage) **66**

– Vorlage 16/2096

– Bericht der Landesregierung

– Diskussion –

**17 Anbindung der Polizei-Leitstellen an den Digitalfunk verzögert sich erneut** (TOP beantragt von der CDU-Fraktion; s. Anlage) **67**

– Vorlage 16/2095

– Bericht der Landesregierung

– ohne Diskussion –

**18 Welche zusätzlichen Maßnahmen ergreift die Landesregierung zur Gewährleistung der Sicherheit jüdischer Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen?** (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; s. Anlage) **68**

- Vorlage 16/2104
- Bericht der Landesregierung
- ohne Diskussion –

**19 Sog. Einsatzoptimierung bei Fußballspielen – Spart Minister für Inneres und Kommunales Jäger lediglich konzeptlos Polizeikräfte ein?** (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; s. Anlage) **69**

- Vorlage 16/2103
- Bericht der Landesregierung
- ohne Diskussion –

**20 Großeinsatz der Polizei nach Gewalt zwischen Muslimen und Jesiden in Herford** (TOP beantragt von der CDU-Fraktion; s. Anlage) **70**

- Vorlage 16/2102
- Bericht der Landesregierung

**21 Verschiedenes** **71**

Am Dienstag, 16. September 2014, 14:00 Uhr, findet eine Anhörung zum CDU-Gesetzentwurf „Meldeauflagen ...“ und zum FDP-Antrag „Fußball vor Gewalt schützen ...“ statt.

Am Donnerstag, 18. September 2014, 10:00 Uhr, findet die nächste reguläre Sitzung statt, einschließlich Aufnahme der Haushaltsberatungen für 2015 mit Einführungsbericht durch den Minister.

Die Abschlussberatung zum Haushalt 2015 (Einzelplan 03) müsste spätestens am 20. November 2014 stattfinden, da der federführende Haushalts- und Finanzausschuss seine Beratungen zur Vorbereitung der 2. Lesung am 27. November 2014 abschließen wird. Am 23. Oktober 2014 bestünde noch die Möglichkeit, Einzelberatungen zum Haushalt vorzunehmen.

## **5 Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Justizgesetzes Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung weiterer Rechtsvorschriften**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/6089  
Stellungnahmen 16/1914 und 16/1925

**Vorsitzender Daniel Sieveke** informiert, der Gesetzentwurf sei am 3. Juli 2014 federführend an den Innenausschuss sowie mitberatend an den Rechtsausschuss und den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen worden. Mit Blick auf die bisherige Befristungsregelung bis zum 31. Dezember 2014 sei eine zügige Beratung erforderlich.

Den kommunalen Spitzenverbänden sei Gelegenheit zur schriftlichen Stellungnahme gegeben worden; die Stellungnahmen des Städtetages, des Landkreistages und mittlerweile auch des Städte- und Gemeindetages lägen nunmehr vor.

**Dr. Robert Orth (FDP)** hält den Gesetzentwurf in seinen Auswirkungen für sehr weitreichend. Daher beantrage er, eine Anhörung durchzuführen.

**Theo Kruse (CDU)** ruft das Anliegen der schwarz-gelben Landesregierung in Erinnerung, Verwaltungsabläufe und bürokratische Prozesse zu straffen, zu verschlanken und zu modernisieren. An dieser Notwendigkeit habe sich bis heute nichts geändert. Von daher finde er es höchst interessant, dass die rot-grüne Landesregierung dies in Gänze wieder ändern wolle, zumal sich die kommunalen Spitzenverbände in ihren Stellungnahmen ziemlich eindeutig artikuliert hätten.

Da das Ganze weder damals noch heute rechtswissenschaftlich ganz unumstritten sei, schließe man sich dem Antrag der FDP an, ein Sachverständigengespräch durchzuführen, zumal die Kommunen im Lande in besonderer Weise betroffen seien.

**Dirk Schatz (PIRATEN)** weist auf die Begründung zur letzten Gesetzesverlängerung hin. Darin sei dargelegt worden, dass es einer umfassenden Analyse bedürfe, bevor eine abschließende Entscheidung zum Widerspruchsverfahren getroffen würde.

Diese Analyse liege bislang aber nicht vor. Daher frage er, ob Ergebnisse vorlägen und ob diese mitgeteilt würden. Das müsse man wissen, bevor ein neues Gesetz beschlossen werden könne.

**Hans-Willi Körfges (SPD)** führt zunächst aus, dass man sich dem Wunsch nach einer Anhörung nicht verweigern werde.

Die kommunalen Spitzenverbände hätten darum gebeten, sehr zügig zu einem Beschluss zu kommen, damit man sich auf die Auswirkungen des Gesetzes einrichten könne; denn unabhängig vom Ergebnis bedürfe es gewisser Vorkehrungen.

Außerdem habe sich die SPD seinerzeit dafür ausgesprochen, dass das Widerspruchsverfahren in vielen Fällen ein kostengünstigerer und einfacherer Rechtsbehelf für Menschen sei, eine Verwaltungsentscheidung überprüfen zu lassen. Das stehe außer Frage.

Vielfach werde die Meinung vertreten, dass die Wiedereinführung des Widerspruchsverfahrens absolut notwendig sei, und zwar in den Fällen, wo Menschen gerade im sozialen Bereich unmittelbar betroffen seien.

Darüber hinaus gebe es einige Bereiche, wo es für durchaus vertretbar gehalten werde, auf das Widerspruchsverfahren nach wie vor zu verzichten. Es existiere mit hin eine sehr differenzierte Sicht der Dinge.

Daher finde er auch die aktuellen Stellungnahmen der Spitzenverbände – im Gegensatz zu den Stellungnahmen zum Zeitpunkt der schwarz-gelben Änderung – höchst interessant. Gerne wolle er die Gelegenheit nutzen, die kommunalen Spitzenverbände zu fragen, was den Sinneswandel im Bereich von sogenannten Massensachen ausgelöst habe.

Hier denke er insbesondere an Bescheide über Gebühren und Abgaben. Seinerzeit habe man dringend darum gebeten, in diesem Bereich das Widerspruchsverfahren bestehen zu lassen. Wenn die kommunalen Spitzenverbände jetzt eine andere Ansicht dazu hätten, wolle man das gerne diskutieren.

**Vorsitzender Daniel Sieveke** fragt nach, ob denn nun eine Anhörung oder ein Sachverständigengespräch beantragt werde.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Anhörung!)

**Minister Ralf Jäger (MIK)** konzediert, dass dieses Thema intensiv beraten werden müsse, gegebenenfalls auch in Form einer Anhörung. Er mache aber darauf aufmerksam, dass das Gesetz bis Ende 2014 befristet sei. Wenn das Parlament bis dahin zu keiner Beschlussfassung käme, würden alle Widerspruchsverfahren wieder eingeführt. Dieser Fakt möge im Beratungsgang berücksichtigt werden.

**Dr. Robert Orth (FDP)** erinnert daran, dass die Landesregierung einen Gesetzentwurf habe vorlegen wollen und hierfür viel Zeit gebraucht habe.

(Theo Kruse [CDU]: So ist es!)

Und nun solle sich das Parlament beeilen. Diese Conclusio sei etwas schief.

Theoretisch könne das Parlament auch beschließen, die Befristung ganz aufzuheben. In der Sommerpause habe die FDP einen entsprechenden Gesetzentwurf vorbereitet. Wenn das Parlament diesem Gesetzentwurf folgen würde, entfielen das Problem. Für den Notfall könne er daher gerne für die Liberalen einen Gesetzentwurf einbringen, mit dem das Gesetz entfristet werden könne.

Letztlich sei es eine Frage des politischen Willens. Man könne eine Anhörung durchführen, man könne auch bis zum Ende des Jahres zu einem Ergebnis kommen. Er

mutmaße, dass nicht alle die gleichen Schlüsse aus einer Anhörung zögen. Vielleicht würde man sich aber doch in dem einen oder anderen Punkt den Argumenten zuwenden und zu einem entsprechenden Ergebnis kommen.

**Theo Kruse (CDU)** weist den Minister darauf hin, dass das Verfahren so nicht funktionieren könne. Die Landesregierung sei untätig,

(Lachen von Minister Ralf Jäger [MIK])

bringe den Gesetzentwurf sehr verspätet ein und setze dann den Ausschuss und schließlich das Parlament unter Druck, zügig zu beraten.

(Minister Ralf Jäger [MIK]: Wenn Sie Hinweise schon als Druck wahrnehmen!)

Daher schließe er sich uneingeschränkt den Ausführungen des Kollegen Orth an.

**Hans-Willi Körfges (SPD)** empfiehlt den Kollegen der Oppositionsfraktionen von FDP und CDU, den seinerzeitigen Beratungsablauf im Zusammenhang mit der Abschaffung des Widerspruchsverfahrens als Maßstab für die gegenwärtige Kritik zu Rate zu ziehen.

(Theo Kruse [CDU]: Damals gab es keinen Befristungsdruck!)

**Vorsitzender Daniel Sieveke** weist darauf hin, dass es noch weitere bis zum Jahresende befristete Gesetze gebe. Die Obleute müssten sich nun Gedanken darüber machen, wie man mit den Beratungsverfahren bei den befristeten Gesetzen im Hinblick auf die zeitliche Dimension umgehen solle.

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung. Die Terminierung wird im Rahmen der Obleuterunde besprochen.

